

Chancen der Digitalisierung nutzen

Was Politik in den nächsten vier Jahren erreichen muss

Wir stehen unmittelbar vor einer neuen großen industriellen Revolution: Industrie 4.0 oder das Internet der Dinge, Smart Car, M2M, Smart Grid und E-Government sind Synonyme hierfür. Alle gesellschaftlichen Bereiche sind betroffen: Die gesamte Arbeitswelt und das Bildungswesen ebenso wie die Gesundheitsversorgung. Auch Herausforderungen wie die Energiewende und der demografische Wandel werden zu Kernthemen der Digitalisierung werden. Deutschland hat dank seiner Stärken im Bereich IT, Maschinenbau, Automobilindustrie und Telekommunikation die besten Voraussetzungen, wieder eine führende Rolle in Europa, ja weltweit einzunehmen.

Kaum ein Arbeitsplatz wird von der digitalen Revolution nicht betroffen sein. Hierauf müssen sich Schule, Bildung, Mittelstand und Gewerkschaften so bald als möglich einrichten. Angesichts unserer technologischen, aber auch gesellschaftlichen Kompetenzen wird eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer abnehmen und die Innovationskraft unseres Landes im Standortwettbewerb wieder deutlich an Bedeutung zunehmen. Diese Chance sollten wir nutzen und uns den damit verbundenen, ganz erheblichen Herausforderungen stellen.

Digitalisierung ist Chefsache – Kompetenzen klar regeln

Es muss der Politik gelingen, deutlich stärker als bisher die Bedeutung und das Zusammenspiel der einzelnen Bereiche der vor uns liegenden Digitalisierung zu verstehen. Unbedingt erforderlich ist es, einheitliche Strategien zu entwickeln. Die beginnende neue Legislaturperiode sollte dazu genutzt werden, Lösungen für bisher immer wieder zu beobachtende Kompetenz- und Ressortstreitigkeiten zu finden. Nur mit einer einheitlichen und übergreifenden Strategie werden wir die Digitalisierung der Wirtschaft als die zentrale Herausforderung des nächsten Jahrzehnts mit all ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bezügen bewältigen können.

Von zentraler Bedeutung bleibt in diesem Zusammenhang auch der unmittelbare Dialog zwischen Wirtschaft und Politik. Hier hat sich in den letzten Jahren der IT-Gipfelprozess als eine der wichtigsten Plattformen zum konstruktiven Austausch über die Weiterentwicklung einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik etabliert.

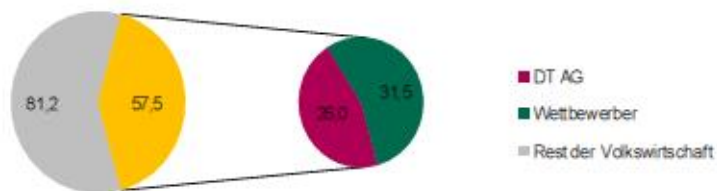
Bedeutung der Telekommunikationsbranche und des Wettbewerbs zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Die Telekommunikationsbranche ist seit vielen Jahren Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Im Rahmen einer Studie, die die DIW ECON GmbH im Auftrag des VATM erstellt hat, konnte dies genauer quantifiziert werden und der konkrete Beitrag der Telekommunikationsbranche und des Wettbewerbs an der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ermittelt werden.¹ Untersucht wurden sowohl die unmittelbare volkswirtschaftliche Bedeutung der Branche wie auch die mittelbaren Effekte auf die Gesamtwirtschaft. Danach belaufen sich die von der Branche ausgelösten Bruttowertschöpfungseffekte im Jahr 2012 auf rund 76,0 Milliarden Euro. Weiter kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass vor allem die Wettbewerber im deutschen Telekommunikationsmarkt für die Dynamik und die gestiegene Anzahl der Kunden verantwortlich sind. Aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung ist der von diesen Unternehmen ausgehende Beitrag zum Wirtschaftswachstum sogar höher als der der Deutschen Telekom.

3.3. Wachstumseffekte: BIP-Wachstum

Reale BIP-Wachstumseffekte, 2002-2012, durch Breitband-Penetration induziert

- BIP Wachstum (gesamt): 138,7 Mrd. Euro
- Davon:
 - TK- Branche: 57,5 Mrd. Euro
 - Wettbewerber: 31,5 Mrd. Euro
 - Deutsche Telekom: 26,0 Mrd. Euro



in Mrd. Euro, konstante Preise des Jahres 2012

Quelle: DIW ECON basierend auf Czernich et al. (2011)

¹ DIW ECON: „Wachstumsfaktor Telekommunikation – Zum Beitrag der Telekommunikationsbranche zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland“.

Flächendeckender Breitbandausbau als Voraussetzung der Digitalisierung

Voraussetzung für einen umfassenden digitalen Wandel ist eine möglichst flächendeckende, hochleistungsfähige Breitbandinfrastruktur. Daneben brauchen wir Spielräume für Innovationen und neue Dienste. Essentiell sind optimale Wettbewerbsmöglichkeiten im Bereich von Netzen und Diensten – nicht aber die politische Förderung einzelner Marktplayer. Erst das Zusammenspiel der Innovationskraft mittelständischer Unternehmen mit großen investitionsstarken Unternehmen, schafft eine dauerhafte Entwicklungsperspektive, die es – wenn marktbeherrschende Stellungen entstehen – auch regulatorisch abzusichern gilt. Von zentraler Bedeutung bleibt in diesem Zusammenhang der Zugang zu qualitativ hochwertigen und wettbewerbsfähigen Produkten und Vorleistungsprodukten.

Verbesserung privater Finanzierungsmöglichkeiten | Fördermittel für Glasfaserausbau bereitstellen

Der notwendige flächendeckende Ausbau der Breitbandnetze wird ohne gezielte Förderung nicht schnell genug Realität werden. Der Finanzierungsbedarf bei einem effizienten schrittweisen Ausbau mit Glasfaser – zumindest bis zum letzten Verteiler – liegt bei etwa fünf bis sechs Mrd. Euro. Durch eine systematische Optimierung der Finanzierungsmöglichkeiten können 2/3 davon durch Aktivierung von privatem Kapital aufgebracht werden. Hierfür müssen die Möglichkeiten der Risikobewertung und der Besicherungsmöglichkeiten verbessert werden. Zumindest zwei Mrd. Euro müssen in den nächsten fünf Jahren von Bund, Ländern und wenn möglich der EU bereitgestellt werden, damit die wenigen Gebiete, die nicht im Wettbewerb unter Marktbedingungen ausgebaut werden können, mittels geeigneter Breitbandtechnologien versorgt werden. Die Förderrichtlinien müssen deutlich vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Branche lehnt Breitbanduniversaldienst klar ab

Warnen können wir demgegenüber nur noch einmal ausdrücklich vor der Einführung eines Breitbanduniversaldienstes, der von der gesamten Telekommunikationsbranche als ordnungspolitisch und volkswirtschaftlich verfehlt abgelehnt wird.

Ein Breitbanduniversaldienst wäre immer nur in der Lage eine Mindestgrundversorgung herzustellen, nicht aber, die Breitbandziele des Bundes, flächendeckend eine Versorgung mit 50 MBit/s zu erreichen. Dabei würde es allerdings immer das Problem der Überbauung bestehender Infrastrukturen zu Lasten bereits getätigter Investoren geben. Deutlich besser, einfacher und nicht zuletzt auch deutlich kostengünstiger wäre es, das in einigen Orten noch bestehende Problem einer fehlenden ausreichenden Versorgung – wie im voran gegangenen Absatz dargelegt – mit Hilfe von Fördergeldern zu lösen.

Investitionsfördernde Frequenzpolitik

Um auch den Ausbau hochleistungsfähiger mobiler Breitbandinfrastrukturen weiter voranzubringen, sollte künftig die Möglichkeit genutzt werden, für auslaufendes Frequenzspektrum den Marktteilnehmern frühzeitig Investitions- und Planungssicherheit zu geben. Bei künftigen Vergaben sollten verfügbare Frequenzspektren so zusammengefasst werden, dass eine möglichst optimale Frequenznutzung für die Breitbandversorgung gewährleistet ist. Erforderlich ist eine rechtliche Klarstellung, die diesen Gedanken diskriminierungsfrei und chancengleich Rechnung trägt. Versteigerungen, die diesem Ziel zuwider laufen, müssen unterbleiben.

Digitale Dividende II

Wie bei der Digitalen Dividende I kann es uns gelingen, auch bei der Digitalen Dividende II Vorreiter in Europa zu sein und damit langfristig den deutschen Wirtschaftsstandort zu stärken. Für die in der Zukunft dringend erforderliche Bereitstellung zusätzlichen Frequenzspektrums müssen die internationalen Anstrengungen von deutscher Seite nachhaltig unterstützt werden, da hier ein erheblicher zeitlicher Vorlauf erforderlich ist.

Netzneutralität gewährleisten – Offen bleiben für innovative technologische Entwicklungen

Die Gewährleistung der Netzneutralität und auch des Best-Effort-Internet sind wichtige Ziele, die ausdrücklich auch vom VATM unterstützt werden. Im Rahmen der in der neuen Legislaturperiode anstehenden Diskussion erwarten wir jedoch eine stärker gesamtgesellschaftliche Betrachtung. Denn Fragen der Netzneutralität betreffen sowohl die Belange der Verbraucher, als auch die der Infrastrukturanbieter und der Inhaltenanbieter. Von essentieller Bedeutung ist es, – europaweit und in einem zweiten Schritt auch international – Regeln zu formulieren, die offen sind für technologische Entwicklungen. Es muss möglich sein, Netzmanagement und Qualitätsdifferenzierungen gegen entsprechende Entgelte vorzunehmen, da ansonsten innovative Dienste verhindert würden. Dabei ist jedoch sicherzustellen, dass entsprechende Vereinbarungen zwischen Diensteanbietern und Netzbetreibern sowohl hinsichtlich des Zugangs selbst auch mit Blick auf die Entgeltlichkeit diskriminierungsfrei ausgestaltet werden, wobei dies auch gegenüber Dritten nachfragenden Diensteanbietern und Netzbetreibern gelten muss.

Erfolgreiche deutsche Wettbewerbspolitik in Brüssel verankern

Von zentraler Bedeutung bleibt der Wettbewerb als treibender Faktor für den möglichst effizienten Einsatz der Technologien und der unterschiedlichen Geschäftsmodelle. Hier liegt Deutschland trotz noch zu lösender Probleme weit vor dem europäischen Durchschnitt. Daher haben die von der EU-Kommission verfolgten Ziele eher die Problemlösung für andere Mitgliedsstaaten im Fokus, nicht zuletzt aber auch die Zentralisierung der Regelungskompetenz allein in Brüssel. **Aus Sicht Deutschlands dürfen die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten „Single-Market“ (COM (2013) 627/3) auf keinen Fall unverändert beschlossen werden, da sie den bereits gut entwickelten Wettbewerb in Deutschland nicht nur weitgehend unberücksichtigt lassen, sondern dessen Fortentwicklung sogar behindern würden.**

Allein die Schaffung europäischer Großunternehmen als Gegenspieler zu den USA und Asien werden den Breitbandausbau in Deutschland nicht voranbringen. Auch die Schaffung eines europäischen Regulierers und die weitere Entmachtung der nationalen Politik führen zu einer klar absehbaren Fehlentwicklung, die den nationalen Besonderheiten, Herausforderungen und Problemen nicht gezielt Rechnung tragen kann. **Europa muss erkennen, dass seine Chance in der Förderung der hier erfolgreichen Industrie und ihrer Innovationsleistungen liegt. Die Politik der neuen Bundesregierung zur Erreichung gemeinsamer europäischer Ziele muss hier ansetzen.** Sie darf nicht vorzugsweise Incumbents fördern, sondern muss die sehr unterschiedlichen nationalen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Problemstellungen in den Fokus erfolgreicher europäischer Binnenmarkt-Politik rücken. **Netzausbau, Netzzugang und Frequenzpolitik werden die entscheidenden Erfolgsfaktoren sein, auf die eine zukunftsorientierte deutsche Politik in Brüssel Einfluss nehmen muss.**

Berlin, 23. Oktober 2013